

6135/J XX.GP

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Pumberger, Böhacker und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend **befürchtete Auflösung des Finanzamtes Braunau.**

Durch die nach außen hin unscheinbare Änderung des Abgabenverwaltungsorganisationsgesetzes mit Anfang 1999 wandern die 12 größten Firmen des Finanzamtes Braunau zum Finanzamt Linz. Dies betrifft alle Finanzämter in Österreich die ihren Sitz nicht in der Landeshauptstadt haben.

Weiters sei geplant die Betriebsprüfungen der Finanzämter zu regionalisieren, sprich zusammenzulegen. Konkret soll für das Innviertel diese Stelle in Ried im Innkreis entstehen.

Durch diese Maßnahmen sei zu befürchten, daß das Finanzamt Braunau in nicht allzu ferner Zukunft aufgelöst werde. Für diese Region würde das allerdings einen weiteren Verlust an Infrastruktur und Arbeitsplätzen bedeuten.

Dies nehmen die unterfertigten Abgeordneten zum Anlaß und stellen an den Herrn Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

1. Ist es richtig, daß die Regionalisierung der Betriebsprüfungen durch die Finanzämter geplant ist?
Wenn ja, wo soll für das Innviertel diese Stelle entstehen?
2. In anderen diesbezüglichen Anfragebeantwortungen (z.B. 4570/AB) gaben Sie die Zusage, daß die betroffenen Finanzämter „nachzeitigem Stand“ weiterhin das volle Bürgerservice anbieten werden. Gilt dies auch für das Finanzamt Braunau oder läuft dieses Gefahr, infolge dieser Regionalisierung aufgelöst zu werden?
Wenn ja, wann?
3. Gab es beim Finanzamt Braunau bereits Einsparungsmaßnahmen im Bereich des Personalwesens durch Nichtnachbesetzung von „natürlichen“ Abgängen und wenn ja, wie viele?
4. Wie viele Personen beschäftigt das Finanzamt Braunau derzeit und wie sieht die Altersstruktur aus?
Wieviel Prozent der Gesamtbeschäftigten sind zwischen 50 und 55 Jahre alt?
Wieviel Prozent der Gesamtbeschäftigten sind älter als 56 Jahre? (Jeweils aufgeschlüsselt in Männer und Frauen)
5. Sind durch die geplante Ausgliederung von Aufgabenbereichen des Finanzamtes Braunau auch andere als die in Pkt. 3 angeführten Maßnahmen im Bereich des Personalwesens zu befürchten?
Wenn ja, welche und wie viele Personen wird das betreffen?